

Medienmitteilung

Thema	Bundesbeschluss über das Nationalstrassennetz
Für Rückfragen	Jürg Grossen, Nationalrat, Tel +41 79 444 94 65
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, E-Mail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	10. Dezember 2012

Keine neuen Strassenbauprojekte ohne Kostenwahrheit beim Strassenverkehr

Die Grünliberalen lehnen neue Strassenbauprojekte ab, solange nicht mehr Kostenwahrheit bei der Mobilität im Allgemeinen und beim motorisierten Individualverkehr im Speziellen herrscht. Konkret müssen endlich auch die externen Kosten für CO₂- und Schadstoffemissionen, Sicherheit, Gesundheit und Lärm auf die Verursacher übertragen werden. Solange dies nicht der Fall ist, darf die Autobahnvignette nur so weit erhöht werden, um den Betrieb, den Unterhalt sowie die Sicherheit der bestehenden Strassen zu gewährleisten. Deshalb begrüssen die Grünliberalen den Entscheid des Nationalrates, die Autobahnvignette nur auf 70 Franken zu erhöhen, da eine Erhöhung auf 100 Franken neuen Strassenbauprojekten Tür und Tor öffnen würde.

Die Grünliberalen tragen die Erhöhung der Autobahnvignette auf 70 Franken mit. Damit können die notwendigen Massnahmen im Bereich des Betriebs und des Unterhalts der bestehenden Strasseninfrastruktur getätigt werden und auch die geplanten Lärmschutzbauten, Wildtierquerungen und Anpassungen an die Sicherheitsnormen sind mit diesen Mehreinnahmen für den Bund gesichert. Als nachhaltig orientierte politische Kraft wollen die Grünliberalen, dass bestehende Strassen angemessen unterhalten, die Emissionen reduziert und die Sicherheit laufend verbessert wird. Dafür soll der Autofahrer auch die entsprechenden Mittel via Vignette aufbringen.

Kostenwahrheit statt Strassenausbau

Eine Erhöhung der Autobahnvignette auf 100 Franken lehnen die Grünliberalen hingegen klar ab, weil diese Mehreinnahmen neuen Strassenbauprojekten Tür und Tor öffnen würden. Der Bund soll aber keine neuen Nationalstrassen bauen, solange beim motorisierten Individualverkehr keine Kostenwahrheit herrscht und externe Kosten für CO₂- und Schadstoffemissionen, Sicherheit, Gesundheit und Lärm nicht verursachergerecht belastet werden. Diese Subventionierung des Strassenverkehrs führt zu einer überhöhten Nachfrage und damit dazu, dass das echte und unbeeinflusste Verkehrsaufkommen und der tatsächliche Bedarf an Strassen gar nicht bekannt ist. Die Grünliberalen verlangen deshalb mehr Kostenwahrheit bei der Mobilität im Allgemeinen und beim motorisierten Individualverkehr im Speziellen. Wenn in der Schweiz stattdessen wegen dem gesteigerten Verkehrsaufkommen einfach laufend neue Strassen gebaut werden, hat das fatale Auswirkungen auf Landschaft und Umwelt und damit auf die Lebensqualität von uns und vor allem von unseren Nachkommen.